



## **Das Phantom Rassismus Rassismus und autochthone Völker**

*“Rassismus wurde historisch als Vorwand benutzt, um Expansion, Eroberung, Kolonialisierung und Vorherrschaft zu rechtfertigen und ging einher mit Intoleranz, Ungerechtigkeit und Gewalt.”*

RIGOBERTA MENCHÚ TUM,  
Friedensnobelpreisträgerin.  
*“Das Rassismus-Problem an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.”*

### **“Die Doktrinen der Enteignung” — Rassistisches Vorgehen gegen autochthone Bevölkerungsgruppen**

Die Kolonialisierung der Neuen Welt war, darüber sind sich Historiker und andere Wissenschaftler einig, von extrem rassistischen Übergriffen begleitet – von Hinrichtungen, Zwangsvertreibungen und Zwangsumsiedlungen, den „Indianischen Kriegen“ sowie vom Hungertod und Krankheit. Heute würde man diese Methoden als ethnische Säuberung und Völkermord bezeichnen. Die Unterwerfung der Bewohner der Neuen Welt wurde damals auf der Grundlage von Gesetzen betrieben. Erica Irene Daes, Vorsitzende und Beraterin der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für autochthone Bevölkerungsgruppen, weist in ihrer Studie über autochthone Völker nach, wie die sog. “Gesetze der Entdeckung” und „Eroberung” und Begriffe wie “terra nullius” benutzt wurden, um die Unterwerfung zu rechtfertigen. Diese “Doktrinen der

Enteignung” haben das Verhältnis der autochthonen Bevölkerungsgruppen zu ihrem Landbesitz grundlegend verändert.

Zwei Papstbulen aus dem 15. Jahrhundert ebneten den Weg für den Eroberungsfeldzug der Europäer in der Neuen Welt und in Afrika. Die Bulle „Romanus Pontifex“, die Papst Nicolas V. dem portugiesischen König Alfonso V. im Jahr 1452 überbrachte, enthielt eine Kriegserklärung gegenüber allen Nicht-Christen weltweit und forderte ausdrücklich die Eroberung, Kolonialisierung und Ausbeutung der nichtchristlichen Nationen und ihrer Gebiete. Die zweite Bulle, „Inter Caetera“, von Papst Alexander IV., die im Jahre 1493 an den König und die Königin Spaniens überbracht wurde, begründete offiziell die christliche Dominanz über die Neue Welt. Sie wurde kurz nach der Reise von Christoph Kolumbus auf die Insel Hispaniola übergeben. Darin wurde die Unterwerfung der autochthonen Bevölkerung und ihrer Territorien legitimiert. Außerdem teilte sie alle neu entdeckten und noch zu erobernden Länder in zwei Hälften – Spanien bekam die Rechte zur Eroberung und Beherrschung über die eine Hälfte der Welt, Portugal über die andere. Ein Jahr später wurde die Welt durch den Vertrag von Tordesillas (1494) nochmals aufgeteilt. Eine Folge ist, dass die meisten Brasilianer heute Portugiesisch und nicht Spanisch sprechen, im Gegensatz zum Rest Lateinamerikas. Die päpstlichen Bullen wurden niemals aufgehoben, obwohl die Vertreter der autochthonen Bevölkerungsgruppen den Vatikan wiederholt darum gebeten haben.

Die “Doktrinen der Entdeckung” bildeten die Basis des späteren Völkerrechts und des heutigen internationalen Rechts. So erklärt sich, wie das sogenannte Niemandsland, “terra nullius”, von den christlichen Nationen eingenommen werden konnte. In vielen Tei-





len der Welt sind diese Vorstellungen die Ursache für die derzeitige Situation der autochthonen Völker. Eine Situation, in der die Besitzrechte der abhängigen Bevölkerungsgruppen und der Menschen, die der staatlichen Vormundschaft unterliegen, jederzeit durch die Regierung aufgehoben oder für ungültig erklärt werden können. Die Anführer der autochthonen Bevölkerungsgruppen kämpfen weiter dagegen, dass natürliche Besitzrechte auch heute noch lange nicht mit den gleichen Privilegien verbunden sind wie gewöhnliche Besitzrechte. Nach autochthonem Recht sind Besitzrechte natürliche Rechte. Doch nach den neuen Gesetzen, die durch die europäischen Immigranten verabschiedet wurden, können natürliche Besitzrechte aufgehoben werden.

### **Autochthone Bevölkerungsgruppen in der Neuen Welt**

Autochthone Bevölkerungsgruppen haben sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der Kolonialisierung machen müssen. Weiße, europäische Siedler eroberten die Neue Welt in kurzer Zeit und mit drastischen Konsequenzen. Die autochthonen Völker wurden unterdrückt und bildeten neben den dominierenden europäischen Nachkommen nur noch eine Minderheit. Einige Bevölkerungsgruppen verschwanden - zum Teil ganz, zum Teil haben nur sehr wenige von ihnen überlebt. Aktuelle Schätzungen sprechen von einer ursprünglichen Bevölkerung von 10 bis 12 Millionen Menschen in Nordamerika im 15. Jahrhundert. 1890 gab es nur noch etwa 300.000 Überlebende. In manchen Teilen Lateinamerikas ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. In anderen Teilen der Welt stellen die autochthonen Volksgruppen noch immer die Mehrheit der Bevölkerung. Doch auch dort werden sie weiter benachteiligt. Autochthone Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika kämpfen gegen die gleichen Probleme wie autochthone Bevölkerungsgruppen überall auf der Welt – in erster Linie gegen den Verlust ihres Landes. Und dagegen, dass dieser Verlust meist auf Diskriminierung basiert.

### **Autochthone Bevölkerungsgruppen in der Alten Welt**

Wie bei allen autochthonen Bevölkerungsgruppen gab es auch bei den afrikanischen Völkern Gruppen, die an ein bestimmtes Territorium gebunden waren und um den Erhalt ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihrer Lebensweise gekämpft haben. Insbesondere die gewaltsame Zwangsumsiedlung hatte schwerwiegende Konsequenzen für den Erhalt ihrer Lebensweise. Mit der Vertreibung gingen Armut, Marginalisierung, der Verlust der Kultur und der Sprache einher. Darüber hinaus führten die damit verbundenen Identitätsprobleme oft zu persönlichen Krisen, zu Alkoholabhängigkeit und Selbstmord.

Die Pygmäen in den zentralafrikanischen Regenwäldern, ein Volk der Jäger und Sammler, leben in verschiedenen Gruppen zusammen. Ihre Existenz wird zunehmend durch Naturschutzmaßnahmen, die Abholzung der Wälder, die Intensivierung der Landwirtschaft, politische Umwälzungen und Bürgerkriege bedroht. Da sie sich am unteren Ende der Gesellschaftsstruktur befinden, fehlt es ihnen an Einfluss, um gegen diese Entwicklungen vorzugehen. Es ist geradezu paradox, dass moderne Politik, die den Erhalt vieler bedrohter Tierarten sichern will, nicht den Schutz autochthoner Völker berücksichtigt und beispielsweise den Pygmäen das Jagen verbietet.

Volksgruppen wie die Massai und die Samburu, die als Nomaden in Ostafrika leben, wehren sich gegen die Inanspruchnahme ihres Landes durch die Landwirtschaft und die Errichtung von Naturschutzgebieten. Da ihr Lebensraum immer stärker begrenzt wird, ist es für sie immer schwieriger, ihren Viehbestand aufrecht zu erhalten, insbesondere in Dürreperioden. Landflucht ist ein zunehmendes Phänomen.

Die San, die sogenannten Buschmänner in Südafrika, sind in Folge der Vertreibung aus ihren traditionell besiedelten Gebieten nahezu vollkommen verschwunden. Viele von ihnen blieben nach der Vertreibung in Namibia. Aber sie sind zum Großteil verarmt und können ihre traditionelle Lebensweise nicht mehr aufrechterhalten. Viele von ihnen wussten nicht, wohin sie ziehen sollten und blieben dort. Jetzt sind sie schlecht bezahlte Arbeiter auf den Farmen, die auf ihrem ursprünglichen Land entstan-

den sind und sich meistens im Besitz Weißer oder anderer Afrikaner befinden.

Die Imazighen, die auch als Volksgruppe der Berber bekannt sind, sind verschiedene autochthone Gruppen in Nordafrika und der Sahel-Zone. Die wahrscheinlich bekannteste Volksgruppe der Imazighen sind die Tuareg. Die meisten Angehörigen der Imazighen, die nicht assimiliert werden konnten, leben heute in den Bergen oder in der Wüste. Die, die sich in den mediterranen Regionen niedergelassen haben, sind mittlerweile sesshaft geworden. Nur diejenigen, die in der Wüste leben, sind weiterhin Nomaden. Ihre Sprache wird nur noch in wenigen Gebieten gesprochen. Aktivisten engagieren sich deshalb, ihre Sprache und Kultur zu erhalten.

### **“Gutgemeinte” Diskriminierung: Die Folgen**

Eine Methode, die in Australien, Kanada und den Vereinigten Staaten erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als rassistisch und zerstörerisch anerkannt wurde, ist die erzwungene Umsiedlung der Kinder von autochthonen Bevölkerungsgruppen. In Australien wurde diese Methode insbesondere bei gemischtrassigen Kindern angewendet: man entriß diese ihren Eltern und brachte sie bei Pflegefamilien oder in Waisenhäusern unter. Diese Kinder wuchsen meist ohne das Wissen auf, dass sie von den autochthonen Bevölkerungsgruppen abstammen. Man nennt sie deshalb “die gestohlene Generation”.

In den USA und Kanada wurden diese Kinder in die berüchtigten Bezirksschulen geschickt, die es noch bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gab. Ihre Religion und kulturelle Überzeugung wurden verspottet. Der Gebrauch ihrer Ausdrücke wurde ihnen verboten und oft auch mit körperlichen Strafen geahndet. So sollten die widerspenstigen Indianerkinder dazu gezwungen werden, korrektes Englisch zu lernen. Der Kontakt zu den Eltern und zur Familie wurde möglichst unterbunden.

Lehrer und Angestellte an Bezirksschulen in ländlichen, abgelegenen Gebieten machten regelrecht Jagd auf solche Kinder. Viele physische und auch sexuelle Misshandlungen sind ausführlich dokumentiert worden. Als die Misshandlungen in Nordamerika bekannt wurden, bot man den Opfern als

Wiedergutmachung Entschädigungszahlungen an.

Früher wurden solche Vorgänge noch im Interesse des indianischen Kindes verteidigt. Das Ziel hieß Anpassung. Die Werte und die Fülle an Wissen und Erfahrungen der autochthonen Kulturen wurden weder erkannt noch gewürdigt.

### **Die Bekämpfung der Diskriminierung autochtho- ner Bevölkerungsgruppen durch die Vereinten Nationen**

Die Vereinten Nationen haben sich mit den Problemen autochthoner Bevölkerungsgruppen erstmals im Rahmen der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auseinandergesetzt.

Im Jahre 1970 wurde der Sonderberater Martinez Cobo aus Ecuador von der Kommission zur Verhinderung von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung (eine Unterkommission der Menschenrechtskommission) beauftragt, eine Studie über “Das Problem der Diskriminierung autochthoner Völker” anzufertigen. Diese umfangreiche Studie, die erst 1984 abgeschlossen wurde, dokumentiert detailliert die Formen moderner Diskriminierung autochthoner Bevölkerungsgruppen. Der Bericht führt die Vielzahl bestehender Gesetze auf, die dem Schutz der autochthonen Völker dienen sollen. Ein Teil dieser Gesetze ist konzeptionell diskriminierend, ein weiterer Teil wird seitens der dominanten Gesellschaftsgruppen systematisch ignoriert. Im Fazit betont die Studie, dass die anhaltende Diskriminierung autochthoner Bevölkerungsgruppen ihre Existenz bedroht.

Einige Regierungen bestreiten die Existenz autochthoner Bevölkerungsgruppen in ihrem Land, heißt es in dem Bericht. Andere wiederum leugnen Diskriminierungen jeglicher Art, trotz der sichtbaren Missstände. Es werden Fälle beschrieben, bei denen Regierungen unbewusst ihre diskriminierenden Vorurteile preisgeben, wenn sie über die Situation autochthoner Bevölkerungsgruppen berichten. Beispielsweise erwiderte ein amerikanischer Regierungsvertreter auf Cobos Anfrage nach Informationen über Schutzmaßnahmen für autochthone Bevölkerungsgruppen: “In unserer bürgerlichen Gesetzgebung sind die Indianer noch nicht einmal unter der Rubrik



Behinderte erfasst." Ein anderer antwortete: "Sie sind nicht im Geburtsregister eingetragen und sind von daher auch keine zivilrechtlich anerkannten Personen. Sie sind Wesen ohne politische, soziale oder ökonomische Pflichten. Sie können nicht wählen. Sie zahlen keine Steuern." Ein juristisches Urteil kam zu dem Schluss, dass ein Indianer nicht des Totschlags schuldig gesprochen werden könne, wegen "nicht zu überbietender Ignoranz.". In der Begründung hieß es: "Obwohl die Indianer in unserem Land Bürger mit Rechten und Pflichten sind, sind sie nicht auf der Höhe unserer Gesetze. Indianer verstehen die Gesetze einfach nicht."

Die Gründung der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über autochthone Bevölkerungsgruppen im Jahr 1982 war eine direkte Reaktion auf die Cobo-Analyse. Die Gruppe besteht aus fünf unabhängigen Experten, die sich einmal im Jahr in Genf treffen. Bis heute ist sie die einzige Instanz der Vereinten Nationen, durch die autochthone Bevölkerungsgruppen ihre Anliegen zur Sprache bringen können. Die internationale Dekade der autochthonen Bevölkerungsgruppen in der Welt (1995-2004) ermöglicht den Vereinten Nationen, sich auf zwei Ziele zu konzentrieren: erstens soll ein ständiges Forum für die Belange autochthoner Bevölkerungsgruppen eingerichtet werden. Zweitens wird eine Erklärung für ihre Rechte erarbeitet. Die Erklärung wird noch von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen geprüft. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), das Organ der Vereinten Nationen, dem die Menschenrechtskommission berichtet, bemüht sich seit kurzer Zeit, ein ständiges Forum für die Anliegen autochthoner Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Es soll aus acht Regierungsvertretern und acht Vertretern autochthoner Bevölkerungsgruppen aus aller Welt bestehen. Die Vertreter der autochthonen Bevölkerungsgruppen werden somit zum ersten Mal die Möglichkeit haben, sich direkt an ein offizielles Organ der Vereinten Nationen zu wenden.

Durch das wachsende Umweltbewusstsein, die Anstrengungen der Arbeitsgruppe und anderer Organe der Vereinten Nationen sowie das Engagement der autochthonen Bevölkerungsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, haben die Betroffenen eine zunehmende Aufmerksamkeit seitens ihrer Regierungen bekommen. Staaten wie Kana-

da, Australien und die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich bemüht, den Gebietsansprüchen nachzukommen. Darüber hinaus wird versucht, die Vergehen der Vergangenheit wieder gut zu machen. Auch diejenigen, die im Namen der Anpassung erfolgt sind. In Skandinavien hat die Volksgruppe der Samen ein parlamentarisches Forum eingesetzt, das über die Grenzen Schwedens hinaus arbeitet. Auch in Afrika beginnen die autochthonen Bevölkerungsgruppen sich zu organisieren. In anderen Bereichen haben autochthone Gruppen trotz des Widerstands der jeweiligen Regierung schon wichtige Positionen besetzt. In dem von den Vereinten Nationen nach dem Ende des Bürgerkriegs in Guatemala ausgehandelten Friedensvertrag wurde autochthonen Bevölkerungsgruppen zum ersten Mal eine besondere Rolle zugesprochen. Doch leider sind viele Vorhaben noch nicht eingelöst worden.

### **Wiedergutmachung: Besitzrechte und mehr**

Angehörige autochthoner Volksgruppen haben bereits große Erfolge bei der Rückforderung von Besitzrechten erzielt, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Australien. Eine besondere Stellung nimmt Nunavut ("unser Land") ein, Kanadas neuestes und größtes Gebiet dieser Art. Es wurde am 1. April 1999 zum autonomen Gebiet für die Volksgruppe der Inuit erklärt, die 85% der dortigen Bevölkerung ausmachen.

Als Reaktion auf die Bekanntmachung der weitreichenden Diskriminierungsvorfälle in den Bezirksschulen veröffentlichte die Rechtskommission Kanadas 1996 einen Bericht mit dem Titel "*Rehabilitierung der Würde: Antworten auf den Missbrauch von Kindern in kanadischen Institutionen.*" Im Verlauf der Untersuchungen fand die Kommission heraus, dass abgesehen von dem physischen und sexuellen auch emotionaler, rassistischer und kultureller Missbrauch berücksichtigt werden müsse. Nach der Veröffentlichung des Berichts verkündete die kanadische Regierung ein neues Programm: "*Stärker werden – Ein Aktionsplan für autochthone Völker*". Unter dem Motto "heilen und erneuern" soll basierend auf der Anerkennung der Fehler der Vergangenheit und durch die Förderung des Verständnisses füreinander ein Neuanfang begonnen, die Versöhnung vorangetrieben und eine gemeinsame Zukunftsvision entworfen werden. Die





Regierung veröffentlichte in diesem Zusammenhang auch eine Erklärung, in der sie verkündete: *„Wir möchten uns bei all denen, die diese Tragödie an den Bezirksschulen am eigenen Leib erfahren haben, entschuldigen.“*

Leider hat sich gezeigt, dass die Aufarbeitung solch emotional aufgeladener Themen nicht nur sehr viel Zeit, sondern auch sehr viel Engagement erfordert. Sechstausend Klagen liegen derzeit vor, um Entschädigungszahlungen für den sexuellen und physischen Missbrauch einzufordern. Die Kirchen, die die Schulen im Namen der kanadischen Regierung betreiben, und nun Mit-Verteidiger sind, stehen zum Teil vor dem Bankrott. Ein Teil der Opfer von Missbrauch hat Selbstmord begangen.

Die Vereinigten Staaten sind mehreren Gebietsansprüchen bereits nachgekommen. Indianische Bevölkerungsgruppen haben sich, zum Teil erfolgreich, einen gewissen Grad an Souveränität erkämpft. Einige haben Casinos errichtet, konnten so milliardenschwere Industrien aufbauen und Jobs in den Notstandsgebieten zur Verfügung stellen - nicht nur für die Bewohner der Reservate.

In einem besonderen Fall hat die Bundesregierung der USA eine Klage gegen den Staat New York angeregt. Dabei ging es um den illegalen Erwerb und den Verkauf von Land, das der Volksgruppe der Oneida gehörte und jetzt von Tausenden US-amerikanischen Landbesitzern genutzt wird. Obwohl das Volk der Oneida betont hat, dass es nicht vorhätte, das Land zu zerstücken oder den Grundbesitz den jetzigen Eigentümern abzuerkennen, erregten sich die Gemüter. Sogar Morddrohungen wurden ausgesprochen.

Die Cayugas, die Senecas, die Mohawks und die Onondagas – alles Angehörige der Haudenosaunee und der Irokesen, haben zusammen mit den Oneidas auf ihre Besitzrechte im Bundesstaat New York geklagt. Da die Bevölkerung im Bundesstaat New York sehr viel größer als in anderen „indianischen Gebieten“ ist, wird es umso schwieriger sein, eine Einigung in gegenseitigem Einvernehmen zu finden.

Das Pine Ridge Reservat im Süden Dakotas ist das ärmste Gebiet in den Vereinigten Staaten. Die Staaten im Mittleren Westen sind außerdem die Staaten mit dem offensichtlichsten Rassismus gegenüber autochthonen Bevölkerungsgruppen. Es wurde häufig beklagt, dass es zwei Stufen von

Gerechtigkeit gibt, eine für die autochthone Bevölkerungsgruppe und eine andere für die Weißen. Eingeborene Amerikaner berichten, dass bei Straftaten, die an ihnen begangen werden, oft nur flüchtig ermittelt wird. Selbst wenn es Todesopfer zu beklagen gibt. Auf der anderen Seite werden Straftaten an Weißen, die angeblich von Mitgliedern autochthoner Bevölkerungsgruppen begangen werden, strafrechtlich pedantisch verfolgt. Der alltägliche Rassismus, von dem man dachte, dass er ein Relikt der Vergangenheit sei, ist weiterhin präsent - und die Opfer sind Mitglieder der autochthonen Bevölkerungsgruppe. Diese Erfahrungen sind noch lange nicht allen Amerikanern bekannt. Das gibt Anlass zu einer weiteren Frage: Wird über den Rassismus gegenüber den autochthonen Völkern in den Medien weniger berichtet?

## Die Weltkonferenz gegen Rassismus

Die Probleme autochthoner Bevölkerungsgruppen werden auf der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremden-feindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Konferenz findet vom 31. August bis zum 7. September in Durban, Südafrika, statt. Bei diesem Treffen befasst sich die internationale Gemeinschaft mit unterschiedlichen Formen von Rassismus und Diskriminierung. Der Titel der Konferenz macht deutlich, dass es beim Kampf gegen Rassismus um mehr als die Hautfarbe geht.



Herausgegeben von der Hauptabteilung Presse und Information der Vereinten Nationen.  
DPI/2193  
Deutsche Fassung: Informationszentrum der Vereinten Nationen (UNIC) Bonn  
und Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien  
August 2001